

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Grüne Partei Thurgau
Kurt Egger, Präsident
Sportlerweg 4
8360 Eschlikon

Frauenfeld, 15. Februar 2016

Durchsetzungsinitiative
Schreiben Grüne Partei Thurgau vom 24. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Datum vom 24. Januar 2016 liessen Sie im Namen der Grünen Partei Thurgau dem Regierungsrat ein Schreiben zukommen, worin Sie den Regierungsrat auffordern, sich öffentlich gegen die sogenannte „Durchsetzungsinitiative“ auszusprechen. Wir bestätigen Ihnen den Eingang dieses Schreibens; der Regierungsrat hat an seiner letzten Sitzung vom Inhalt Kenntnis genommen und das Geschäft behandelt.

Der Regierungsrat nimmt zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen in langjähriger Praxis nur ausnahmsweise offiziell Stellung. Als Ausnahmen betrachtet der Regierungsrat Vorlagen, bei welchen der Kanton Thurgau von den Auswirkungen mehr als andere Kantone betroffen ist oder welche grundsätzliche föderale, organisatorische oder finanzielle Interessen der Kantone berühren. Er pflegt dabei eine zurückhaltende Praxis. Im Fall der Durchsetzungsinitiative erachtet der Regierungsrat diese Voraussetzungen nicht gegeben, und er sieht sich nicht veranlasst, von seiner bereits geäußerten Meinung abzurücken, auf eine öffentliche Stellungnahme zu verzichten. Eine inhaltliche Aussage, ob er den Zielen der Initiative zustimmen oder sie ablehnen würde, kann aus dieser Haltung nicht gezogen werden. Zwar gaben einige Kantonsregierungen im vorliegenden Fall eine offizielle Stellungnahme ab, jedoch auferlegt sich die Mehrheit der Kantonsregierungen eine ähnliche Zurückhaltung wie der Thurgauer Regierungsrat und pflegt somit eine ähnliche Usanz und Praxis.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates


Dr. Jakob Stark

Der Staatsschreiber


Dr. Rainer Gonzenbach